Parlamentswahlen 2024: Die grosse Unklarheit in Frankreich (Fortsetzung)

Emiliano Grossman
17th July 2024

Die zweite Runde der französischen Parlamentswahlen am 7. Juli 2024 ergab nicht das von den meisten Hochrechnungen vorhergesagte Ergebnis: Der Rassemblement National (RN) wurde als Sieger gehandelt, landete aber bei der Anzahl der Sitze auf dem dritten Platz. Dies zeigen die Existenz und Bedeutung einer "republikanischen Front" in Frankreich, auch wenn die Bildung einer Regierung sehr ungewiss ist. Emiliano Grossman argumentiert, dass es sowohl um politische als auch um kulturelle Fragen geht und dass die Funktionsweise des politischen Wettbewerbs in Frankreich tiefgreifend hinterfragt werden muss.

Eine lebhafte "republikanische Front"

Die "republikanische Front", das Bündnis aller "republikanischen" Parteien gegen den Front National und später den Rassemblement National (RN), hat am 7. Juli ihr ganzes Gewicht in die Waagschale geworfen und die Zahl der Sitze des RN auf 143 reduziert. Das sind rund 100 weniger als die untere Schwelle der Prognosen am Tag nach dem ersten Wahlgang. Abgesehen von der Enttäuschung im Lager von Marine Le Pen zeigt dieses Ergebnis, dass ein Grossteil der Wähler:innen, unabhängig von den Versuchen der "Entdiabolisierung" oder "Normalisierung", die RN immer noch als eine gesonderte Partei betrachtet.

Bereits am Abend des ersten Wahlgangs riefen mehrere führende Vertreter:innen des Nouveau Front populaire (NFP) dazu auf, dass die drittplatzierten Kandidat:innen in den Wahlkreisen, in denen ein:e Kandidat:in der extremen Rechten gewinnen konnte, systematisch ihre Kandidatur zurückziehen sollten. Insgesamt zogen sich 129 Kandidat:innen der Linksallianz, die in der Lage

waren, sich für den zweiten Wahlgang zu qualifizieren, fast systematisch zurück, bei insgesamt 306 “Dreieckswahlen” und 5 “Viererwahlen”. Auf Seiten des Präsidentenlagers waren die Abgeordneten zögerlicher: 81 zogen sich zurück und 14 blieben dabei. Andere, wie die Abgeordneten der Républicains (LR), weigerten sich, eine Wahlempfehlung abzugeben.

Infolgedessen änderte sich durch die massiven Stimmenübertragungen die Reihenfolge mit der NFP an der Spitze, gefolgt vom Präsidentenlager und der RN nur noch an dritter Stelle. Es bleibt festzuhalten, dass die Wahl das am stärksten gespaltene Parlament in der Geschichte der Fünften Republik hervorgebracht hat, mit drei Polen, die einander sehr entgegengesetzt sind und daher keine Aussicht auf eine klare Mehrheit haben.

Abbildung 1. Nationalversammlung 2024 nach Partei

Figure : Alix d’Agostino, DeFacto · Daten: Französisches Innenministerium

Eine “kulturelle” wie auch politische Krise

Die Diskussionen seit der Bestätigung der Ergebnisse zeugen vor allem von der “kulturellen” Schwierigkeit der französischen Volksvertreter:innen, mit dem Fehlen einer klaren Mehrheit umzugehen und die Konsequenzen daraus abzuschätzen. Funktionäre der France Insoumise, allen voran Jean-Luc Mélenchon, wiederholen immer wieder, dass der NFP die Wahlen gewonnen habe und dass die Umsetzung des Programms eine Wahlpflicht sei. Nachdem Emmanuel Macron das Land mit dem Rückgriff auf die Auflösung in die Krise gestürzt hat, erklärt er sich in einem am 10. Juli veröffentlichten “Brief an die Bürger:innen Frankreichs” nun zum Hüter der Verfassung und nimmt sich das Recht heraus, den Sieger zu benennen oder in diesem Fall zu behaupten, dass es keinen Sieger gibt.

Die Interpretation von Wahlergebnissen ist natürlich regelmässig Gegenstand einer Medien- und Expertenschlacht nach der Wahl (siehe insbesondere die Arbeit von Gattermann et al., 2021), aber im Kontext von Mehrheitswahlsystemen ist diese Debatte meist klar und endgültig entschieden.

Das Präsidentenlager hatte es jedoch bereits 2022 nicht geschafft, eine legislative Mehrheit zu erlangen. Allerdings profitierte es davon, dass es keine klare Mehrheit gegen sich gab, da die LR-Fraktion die Regierung im Falle eines Misstrauensantrags unterstützte. Darüber hinaus gibt die französische Verfassung der Exekutive mächtige Instrumente an die Hand, um eine Mehrheit zu erzwingen, insbesondere wenn diese fragil ist. Artikel 49.3 ermöglicht es, die Verantwortung der Regierung für ein Gesetz zu übernehmen: Wird innerhalb von 48 Stunden kein Misstrauensantrag angenommen, gilt das Gesetz als verabschiedet. Die Regierung von Elisabeth Borne hat in 20 Monaten 23 Mal von diesem Instrument Gebrauch gemacht.

Dies ist jedoch in der gegenwärtigen Situation keine Option. Da keiner der drei Pole eine Mehrheit hat, um “sein Programm” umzusetzen, wird die Idee, Kompromisse mit Gruppierungen ausserhalb des Wahlbündnisses zu finden, von vielen als Verrat an der Wählerschaft empfunden. Vor allem auf der Linken kommen noch Rachegelüste hinzu, nachdem Emmanuel Macron sieben Jahre lang

Präsident war und viele soziale Errungenschaften in Frage gestellt hat.

Die Verankerung Frankreichs in der Mehrheitskultur erklärt die unterschiedlichen Grade des Unverständnisses von der Spitze des Staates bis zu den Wählern. Da es kaum Aussichten auf eine Rückkehr zur “Normalität” gibt, muss unbedingt ein Umdenken stattfinden. Es liegt an den politischen Eliten, mit gutem Beispiel voranzugehen und eine konsensorientiertere Vision der Politik zu vertreten. Langfristig könnte diese Entwicklung sogar eine beruhigende Wirkung auf das politische Leben in Frankreich haben, indem sie eine sachlichere Debatte über Themen ermöglicht, die es dringend nötig hätten, wie den Klimawandel, soziale Gerechtigkeit oder auch die Zukunft des Bildungs- oder Gesundheitswesens. Dieser Lernprozess ist noch im Gange, aber wir werden zweifellos auf die jüngeren Generationen von Politiker:innen zählen müssen.

Abbildung 2. Nationalversammlung 2024 nach Allianz

Figure : Alix d’Agostino, DeFacto · Daten: Französisches Innenministerium

Welche Szenarien sind möglich?

Bleibt die Frage, die sich jeder Beobachter Frankreichs in diesen Tagen stellt: Welche Regierung wird es nach diesen Parlamentswahlen geben? Die Optionen scheinen begrenzt zu sein.

Eine Minderheitsregierung mit einem von der Neuen Volksfront ernannten Premierminister ist unrealistisch. Sie würde mit den beiden anderen klar gegensätzlichen Blöcken schnell fallen und wäre zu schwach, um von institutionellen Schutzmassnahmen wie dem “49.3” zu profitieren.

Der ehemalige Premierminister Edouard Philippe hat eine Regierung mit Unterstützung der Mitte und des rechten Lagers vorgeschlagen. Diese Regierung würde die Mitte des politischen Spektrums besetzen, aber auch sie wäre zu schwach an Sitzen, da die beiden Enden dieses Spektrums zu stark und in ihrer Opposition gegen Emmanuel Macron vereint sind, als dass dieses Szenario mittelfristig realistisch wäre.

Daher kann nur eine Hinterfragung der drei Blöcke die Entstehung einer Regierungsmehrheit ermöglichen. Vor den Wahlen schienen die Républicains durch das Bündnis ihres Vorsitzenden Eric Ciotti mit dem RN geschwächt, doch die Partei hielt sich besser als erhofft und das Bündnis würde nicht genügend Abgeordnete stellen.

Auf der linken Seite haben mehrere Figuren von France Insoumise angekündigt, nicht mit dieser Fraktion zusammenarbeiten zu wollen, aber dieses scheint zum jetzigen Zeitpunkt ein Randphänomen zu sein. In der Mitte scheinen sich mehrere Führungskräfte des Präsidentenlagers Fragen über die Zukunft der macronistischen Bewegung zu stellen. Als starkes Symbol soll die ehemalige Premierministerin Elisabeth Borne darum gebeten haben, mit der MoDem-Fraktion statt mit der Renaissance, der Partei des Präsidenten, zu arbeiten. Gabriel Attal und Edouard Philippe, zwei weitere Premierminister von Emmanuel Macron,

haben sich öffentlich vom Präsidenten distanziert. Um die Gleichung noch komplizierter zu machen, sind viele der Renaissance-Abgeordneten ehemalige Mitglieder der Sozialistischen Partei, die dem Linksbündnis angehört. Weitere Umgruppierungen scheinen daher möglich und sogar wahrscheinlich.

In jedem Fall scheint die republikanische Front – in den Parteistrategien und an den Wahlurnen – ein Bündnis mit dem RN auszuschliessen. Am wahrscheinlichsten ist eine Regierung, die von Mitte-Rechts bis Links reicht. Ihre genauen Konturen werden davon abhängen, wie schnell die neue Führung von der Kompromissbereitschaft der Vorsitzenden der verschiedenen Formationen lernen wird.

Bild: wikimedia commons